

Mag. Barbara Schwarz
Landesrätin

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 21.04.2015

zu Ltg.-644/A-5/132-2015

-Ausschuss



Herrn
Präsidenten des NÖ Landtages
Ing. Hans Penz

St. Pölten, am 21. April 2015

Sehr geehrter Herr Präsident!

Zur Anfrage des Abgeordneten Landbauer betreffend „Kinderarmut in Niederösterreich“, eingebracht am 13. April 2015, Ltg.-644/A-5/132-2015, darf ich – soweit meine Zuständigkeit betroffen ist – wie folgt Stellung nehmen:

Durch die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung auf der Basis der zwischen Bund und Ländern abgeschlossenen Art. 15a-Vereinbarung wurde ein wirkungsvolles Instrument geschaffen, jenen Menschen, die der Hilfe der Gemeinschaft bedürfen, die erforderliche Hilfe zukommen zu lassen. Der im Jänner 2015 vom Sozialministerium veröffentlichte Sozialbericht 2013/2014 bescheinigt, dass Armut und Armutsgefährdung in Österreich seit Ausbruch der Wirtschaftskrise gesunken sind und dass für die im EU-Vergleich niedrige Armutsgefährdung der Österreicherinnen und Österreicher die staatlichen Transferzahlungen verantwortlich sind.

Im Hinblick auf vom Einkommen der Eltern unabhängige und gleiche Bildungschancen in Österreich tragen beispielsweise die Art. 15a-Vereinbarungen zum Gratiskindergartenjahr oder zur sprachlichen Frühförderung bei, denn die Maßnahmen sind umso wirkungsvoller, je früher sie einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Barbara Schwarz e. h.
Landesrätin

